Wirtschaftliche Strategien für die Schweiz

Autor(en): **Pury, David de**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **76 (1996)**

Heft 12-1

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-165546

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

David de Pury *ist Präsident des Verwaltungsrates der BBC Brown Boveri AG und Co-Präsident des Verwaltungsrates der ABB Asea Brown Boveri Gruppe.*

Wirtschaftliche Strategien für die Schweiz

Der durch die Globalisierung und den technologischen Fortschritt hervorgerufene zunehmende Wettbewerb ist in erster Linie eine Herausforderung für die Unternehmen, und unser Wohlstand beruht hauptsächlich auf der Fähigkeit der Schweizer Unternehmen, sich erfolgreich in die Weltwirtschaft zu integrieren und international konkurrenzfähige Produkte, Dienstleistungen und Systeme anzubieten.

Es ist einem grossen Teil der Schweizer Wirtschaft in den letzten Jahren gelungen, durch einschneidende Kosteneinsparungen, fortlaufende Anstrengungen zur Erhöhung der Qualität und die Konzentration auf wertschöpfungsintensive Prozesse und Produkte, die neue globale Realität als Chance zu nutzen. Viele dieser Unternehmen befinden sich mitten in einem Rationalisierungs- und Entnationalisierungsprozess, indem sie die einzelnen Stufen ihrer Wertschöpfungskette über Grenzen hinweg dorthin verlagern, wo sowohl die Märkte als auch die attraktivsten Rahmenbedingungen dafür bestehen. Diese Verlagerungen sind für die fortlaufende Produktivitätssteigerung und vor allem für den Zugang zu neuen Absatzmärkten lebenswichtig.

Mittlerweile haben jedoch die meisten Unternehmen auf der Welt die Rezepte der dritten industriellen Revolution, d. h. das Rationalisieren und Restrukturieren, entdeckt. In einem Umfeld, in welchem alle immer schneller, besser und kostengünstiger werden, kann die Schweizer Wirtschaft auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie sich fortlaufend einen echten Innovationsvorsprung sichert. Für die Schweiz ist die Globalisierung ihrer Wirtschaft untrennbar mit Innovationswettbewerb verbunden.

In bezug auf ihre Innovationsfähigkeit zeigt die Schweiz ein gemischtes Bild: einerseits ist die Forschungsintensität hierzulande hoch, andererseits kann eine zunehmende Auslagerung von Forschungsaktivitäten ins Ausland festgestellt werden. Dabei ist auffallend, dass viele Schweizer Firmen die Forschung in Zukunftsbereichen vor allem im Ausland tätigen, während sie sich in der Schweiz auf die Forschung in traditionellen Gebieten konzentrieren. In der Tat betrifft die Mehrheit der in der Schweiz registrierten Patente traditionelle Bereiche wie Textilien, Werkzeugmaschinen, Uhren und das Bauwesen. In *neuen* Technologiefeldern geht der Trend der Forschung ins Ausland.

Es ist für die Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Schweiz von lebenswichtiger Bedeutung, dass das Technologie-Portfolio am Standort Schweiz nachhaltig dynamisiert wird. Hier stellt sich die Frage, wie in der Schweiz ein Klima geschaffen werden kann, welches Innovation und Forschung fördert und neue Zukunftssektoren auch in unserem Land entstehen lässt.

Die Schaffung eines innovationsfördernden Klimas und der Aufbau von neuen Geschäftsbereichen am Standort Schweiz sind nicht nur eine Herausforderung für die Politik, sondern sie betreffen auch uns Unternehmer. Unabhängig von den Rahmenbedingungen hat die Schweizer Wirtschaft ein eminentes Interesse daran, sich nicht nur auf die Weiterentwicklung von traditionellen Bereichen, sondern vor allem auf den Aufbau von Kernkompetenzen in zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen zu konzentrieren. Gleichzeitig gilt es, die Forschungsaktivitäten den Anforderungen der sogenannten dritten industriellen Revolution anzupassen, indem die Innovationsrate dauernd erhöht wird und neue Technologien den Markt immer schneller erreichen.

Die Globalisierung und der technologische Fortschritt führen nicht nur zu tiefgreifenden Veränderungen für die Unternehmen, sie haben auch erhebliche Konsequenzen für die Politik. Dabei hat die weltwirtschaftliche Integration in erster Linie den wirtschaftspolitischen Handlungsraum einzelner Staaten stark eingeschränkt. Eine Wirtschaftspolitik kann heutzutage nur erfolgreich sein, wenn sie von der Einsicht geprägt ist, dass staatliche Interventionen den Globalisierungstrend nicht aufhalten können und dass es im Gegenteil gilt, diese Entwicklung zu fördern, zu gestalten und zum eigenen Vorteil umzusetzen.

Die wirtschaftliche Strukturrevolution ist denn auch voller Chancen und Gefahren zugleich. Die Chance liegt in den unendlichen Wachstumsmöglichkeiten, welche durch offene Märkte und Wettbewerbsstrategien erzielt werden können. Die Gefahr

liegt in einer Arbeitsplätze vernichtenden Politik der Abschottung, welche die Anpassung an eine internationale Realität verweigert.

Die Schweiz befindet sich in einer sehr guten Ausgangslage, um die Globalisierung als Chance wahrzunehmen, denn sie verfügt nach wie vor über erhebliche Stärken. Dabei stehen vor allem das tiefe reale Zinsniveau, das hohe Bildungsniveau, die Rechtssicherheit, die Qualität der Infrastrukturen, die Zuverlässigkeit der Verwaltung sowie die gesellschaftlich-politische Stabilität im Vordergrund.

Gleichzeitig kann aber auch eine relative Verschlechterung dieser Standortvorteile festgestellt werden, welche darauf zurückzuführen ist, dass wir uns – nicht zuletzt aus institutionellen Gründen – langsam an Veränderungen anpassen, während viele unserer ausländischen Konkurrenten in dieser Hinsicht dynamischer sind. Die abnehmende Standortattraktivität kommt vor allem im Abzug ausländischer Investitionen, in der nachlassenden Wachstums- und Beschäftigungsdynamik, dem Rückgang der privaten Forschungsinvestitionen, dem Anstieg der Staatsquote sowie der Verschlechterung der fiskalischen Belastung zum Ausdruck.

Nur wer sich zum Ziel setzt, der Beste zu sein, wird im heutigen Umfeld langfristig Erfolg haben.

Um im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, sind in den letzten Jahren etliche Schwachstellen in den Rahmenbedingungen aufgehoben worden. Diese Massnahmen verdienen – vor allem wenn man die Spielregeln unserer direkten Demokratie und die politischen Widerstände gegen einzelne Vorlagen kennt – Respekt und Anerkennung. Die bisherigen Massnahmen und Reformen sind jedoch nicht ausreichend, um den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig zu dynamisieren, denn sie gehen in Anbetracht der weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu wenig weit, sind durch zu viele politische Kompromisse gekennzeichnet und werden zu langsam umgesetzt.

Die Schweiz braucht dringend weitere Liberalisierungsschritte, um als Standort wettbewerbsfähig zu bleiben. Genauso wie ein Grossteil der Schweizer Wirtschaft den weltwirtschaftlichen Strukturwandel als Chance genutzt hat, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, muss sich auch unser Staat einer radikalen Fitnesskur unterziehen, um schlanker, effizienter und konkurrenzfähiger zu werden. Dabei kann sich die Schweiz nicht darauf beschränken, ordnungspolitische Massnahmen anderer Länder nachzuvollziehen. Das Ziel muss vielmehr darin bestehen, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und die Wirtschaft stärker zu öffnen und zu deregulieren als unsere Konkurrenten. Nur wer sich zum Ziel setzt, der Beste zu sein, wird im heutigen Umfeld langfristig Erfolg haben. Dabei muss man sich im klaren sein, dass Wettbewerbsfähigkeit auch für den Staat eine *permanente* Herausforderung ist, denn bestehende Positionen können nie als gesichert betrachtet werden. Es geht also in der Schweiz um die Herbeiführung eines permanenten Gesinnungswandels, weg von der Selbstgefälligkeit hin zum permanenten Standortwettbewerb.

Letztendlich kann eine Vorwärtsstrategie in der Schweiz jedoch nur durch eine gemeinsame Strategie von Politik und Wirtschaft umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist die *Wirtschaft* gefordert, sich den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs bedingungslos zu stellen und ordnungspolitisch einen konsequenten Kurs zu verfolgen, indem sie auf die Befriedigung von Sonderinteressen durch den Staat verzichtet. Ferner muss sie den ordnungspolitischen Handlungsbedarf aus ihrer Sicht aufzeigen und die Regierung in der Umsetzung der Reformvorhaben unterstützen. Demgegenüber muss die *Politik* einsehen, dass in der heutigen Zeit progressive, gemächliche und punktuelle Anpassungsstrategien nicht mehr genügen. ✦

SPLITTER

Ein nach dem Autonomieprinzip aufgebauter Staat führt also nicht, wie Kritiker oft meinen, zu einem losen Konglomerat von Gemeinden. Vielmehr werden sich mehrere bundesstaatliche Ebenen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten herausbilden. Aber jede Ebene oder jeder «Klub» finanziert sich selbst. Damit herrscht Übereinstimmung zwischen Nutzniessern, Entscheidungsträgern und Steuerzahlern. Insbesondere gibt es keine Entscheidungsträger, die nicht Steuerzahler sind. Es herrscht also die institutionelle Symmetrie.

CHARLES B. BLANKART: *Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 2. Auflage, Verlag Franz Vahlen, München 1994, S. 514*